

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 22 (1981)
Heft: 4

Artikel: Polen-Moratorium
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094422>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Polen-Moratorium

Mit Verteidigungsminister Wojciech Jaruzelski ist der Mann der Armee an die Regierung gelangt. Aber nicht als eiserner Besen. Der vierte Wechsel innerhalb eines Jahres auf dem Posten des Ministerpräsidenten hat zur Verbesserung der Situation jedenfalls mehr beigetragen als die vielen personellen Veränderungen in Partei und Staat zuvor. Von den Verschiebungen im Apparat hatten sich die Leute nicht angesprochen gefühlt; was hatte das mit ihnen zu tun? Aber auf den General haben sie reagiert. Und zwar weder gereizt noch eingeschüchtert, sondern besonnen. Arbeiter, Bauern und Studenten wollen es auf eine Verständigungsprobe ankommen lassen.

Der Ruf nach dem guten Ruf der Armee

Als eisernen Besen zur Wiederherstellung der sozialistischen Ordnung hätte die Führung beispielsweise Moczar hervorkehren können, aber das wollte sie nicht oder traute sich nicht, es zu wollen. Sie brauchte ganz einfach die nächste Rettung in ihrer Not. Und dafür setzte sie das Prestige der Armee ein.

Tatsächlich hat in Polen die Armee trotz ihrem Dienstauftrag für System und Bündnis noch ein eigenes Prestige aufzuweisen. Während der Arbeiterunruhen im Sommer 1976 hatte sich die Armeeführung jeglichem Einsatz gegen die Arbeiter widersetzt und eine gewaltlose Lösung der ökonomischen und sozialen Konflikte verlangt. Die gleiche Haltung nahm sie im letzten Sommer ein, als der Konflikt politisch wurde.

Man traut der Armee auch heute zu, nicht gegen das Volk zu sein. Die Mannschaften sind es natürlich ohnehin nicht. Von den Rekruten, die man im letzten Herbst zum Militärdienst eingezogen hat, gehören rund 80 Prozent der unabhängigen Gewerkschaft Solidarnosc an. Immer mehr Soldaten tragen sogar das Solidaritätsabzeichen ganz offen (zugehörige Offiziere halten es hingegen meist unter dem Rockaufschlag verborgen).

Weniger klar ist in der Armee die Politlenkung. Im Januar hatte man zahlreiche «Soldatenversammlungen» einberufen, um die Krise des Landes gemäss Parteirichtlinien zu definieren. Wie die «Trybuna Ludu» berichtete, liess man Offiziere und Mannschaften jeweils in Resolutionen die Verpflichtung eingehen, «sowohl den Sozialismus als auch die Souveränität Polens» verteidigen zu wollen. Immerhin vermied diese Zweigliedrigkeit den Ausdruck der «sozialistischen Souveränität», der zur sowjetischen Sprachregelung gehört und das brüderliche Eingriffsrecht umfasst.

Gibt es die vorgängige brüderliche Einschleichpraxis? Die Sowjets haben im Winter wieder eigene Generäle und Generalstabsoffiziere (letztere tragen laut der exilpolnischen Zeitung «Dziennik polski» aus Diskretionsgründen polni-

sche Offiziersuniformen) in die Schaltstellen der polnischen Armee geschickt. Aber die Streitkräfte bleiben polnisch geführt, und die Sowjets können sich nicht darauf verlassen, dass die internationalistische Loyalität im gegebenen Moment stärker sein wird als die nationale.

Als die Ernennung von Jaruzelski zum Ministerpräsidenten bekannt wurde, hatte man sich zunächst gefragt, ob er nicht einen «Fusstritt nach oben» erhalten habe, um ihn vom Verteidigungsministerium zu entfernen, was ein denkbarer sowjetischer Wunsch gewesen wäre. Doch die Antwort liegt vor: Jaruzelski behält das Verteidigungsministerium. Darüber hinaus übernimmt er die Aufsicht über die Aussenpolitik, die Justiz, die Beziehungen zur Kirche und über das Hauptamt für Statistik (dessen wahrheitswidrige Praxis schon letztes Jahr zur öffentlichen Diskussion gestellt worden war; siehe ZB, Nr. 23/1980).

Die Gewerkschaften haben ihren Willen zur Zusammenarbeit mit der neuen Regierung bekundet. Es wird nicht mehr gestreikt. Trotz dem «spontanen» Charakter der Arbeiterbewegung herrscht Ruhe. «Wir wollen Brot und Arbeit», sagt Lech Walesa.

Auf dem Weg zum Kompromiss

Aufgehört hat auch der Studentenstreik, nachdem der unabhängige Studentenverband mit seinen Statuten registriert worden ist, in denen er die führende Rolle der Partei anerkennt. Eigentlich handelt es sich gewissermassen um eine Zweitregistrierung, denn Hochschulminister Gorski hatte den neuen Studentenvereinigungen schon im November ausdrücklich den Status von juristischen Personen zuerkannt (siehe ZB, Nr. 2/1981). Aber wie bei den Vereinbarungen zwischen Regierung und Arbeitern im letzten Som-

mer kommt es immer sehr stark auf die Nachträglichkeiten an.

Schliesslich ist es auch bei den Bauern zu einer Beruhigung gekommen. Zwar anerkennt die Regierung nicht die von ihnen gewünschte Bauerngewerkschaft, aber doch einen Bauernverband. Damit hat sie dem negativen Gerichtsentcheid vom 10. Februar wohl nicht gerade frontal widersprochen, aber doch sein Nein mindestens in ein Jein umgewandelt.

Das von Walesa mitunterzeichnete Abkommen zwischen Bauern und Regierung kündigt eine bauernfreundlichere Agrarpolitik an, für die es angesichts der Lebensmittelkrise auch Zeit geworden ist. Die hinausgeschobene Rationierung von wichtigen Lebensmitteln (siehe letzte Nummer) soll nun im Ernst eingeführt werden; das entspricht einer alten Solidarnosc-Forderung nach gerechter Verteilung.

Einlenker in der Regierung – Scharfmacher im Politbüro

Eine gute Sache ist die Ernennung des Chefredaktors der Warschauer Wochenzeitung «Polityka», Mieczyslaw Rakowski, zum Stellvertreter des Ministerpräsidenten. Zu seinem Ressort gehören die Beziehungen zu den Gewerkschaften. Rakowski wird seinem Ruf als «Liberaler» gerecht, indem er wie Jaruzelski selbst die Einhaltung der Abkommen von Gdansk, Szczecin und Jastrzebie verspricht. Diese Ausdrücklichkeit tut not, denn die jüngsten Krisen waren in der Hauptsache alle darauf zurückzuführen, dass sich die Behörden nicht an die Vereinbarungen hielten.

Indessen ist gerade diese Frage noch weiterhin offen. Im Apparat gibt es auch andere Stimmen. Tut sich ein Gegensatz zwischen Regierung und Partei auf?



Eine Polin präsentiert ihr Porträt von Lech Walesa. («Express Wieczorny», Warschau, 4. 2. 1981)



Die Sache ist halt so ... Walska mit Ratsuchendem.

Stanislaw Wronski, Chefredaktor von «Nowe Drogi» und Leiter der Freundschaftsgesellschaft mit der Sowjetunion, hat beim ZK-Plenum vom 9. Februar die einseitige Revision der grundlegenden Abkommen mit den Arbeitern verlangt. Sie seien nicht zu erfüllen und dürften nicht länger in Kraft bleiben.

Die Politbüro-Mitglieder Tadeusz Grabski und Jan Barcikowski, von weiteren Rednern inhaltlich unterstützt, beschuldigten die Solidarnosc der Konterrevolution und der Gefährdung des Sozialismus.

Was die Gefährdung des Sozialismus angeht, kann der Genosse Barcikowski die grössten Verdienste für sich beanspruchen. Als Fachmann für Agrarfragen hat er einen Hauptbeitrag zur heutigen Nahrungsmittelkrise geleistet. Aber darum hat er sich nie gekümmert. Für ihn ist es

Konterrevolution, wenn die Arbeiter in Jelenia Gora (Hirschberg) durchsetzen, dass das Luxuserholungsheim «Granit» auch für gewöhnliche Leute zugänglich wird, und nicht nur für gehobene Leute aus Partei und Sicherheitsdienst.

Aber natürlich geht es um mehr. Nach sozialistischem Brauch muss das Politbüro der Partei die wahre Entscheidungsinstanz sein. Dort wird traditionellerweise alles von ein paar publizitäts-scheuen Oligarchen nach ihrem Gutdünken festgelegt und dann den theoretisch zuständigen Instanzen zur beschlossenen Ratifikation vorgelegt. Im Politbüro gipfelt das Prinzip der totalitären Macht.

Und heute sitzen die Politbüro-Mitglieder da wie Generäle ohne Divisionen. Die Transmissionsriemen sind gerissen. Was dem höchsten Parteipremium bleibt, ist die Drohung mit der sowjetischen Intervention. Die Drohung ist real genug, das erpresserische Spiel damit erbärmlich.

Wie die Sache ausgehen wird, weiss man nicht. Es ist eine neue Sache.

Die neue polnische Arbeiterbewegung bildet in dieser Welt eine Ausnahme. Erstmals in der Geschichte entsteht eine Arbeiterbewegung, die durch tatsächliche Arbeiter geführt wird.

Im Osten wie im Westen sprechen die Machthaber oder die marxistischen Führer im Namen der Arbeiterklasse, aber mit dem Proletariat aus Fleisch und Blut haben sie nichts gemein. Intellektuelle Söhne von Aristokraten und Millionären manipulieren die Arbeiterbewegung und behandeln die Leute an der «Basis» wie unmündige Kinder.

Eine spontane Arbeiterbewegung unter der Leitung der Arbeiter selbst ist ein geschichtliches Novum. Kann sie auch eine geschichtliche Wende werden? Leider ist in Rechnung zu stellen, dass die *erlogene* Arbeitermacht das nicht zulassen wird.

ddm/cb

In Kürze

«Im Sozialismus widerspricht das gesellschaftliche Interesse den Individual- und Gruppeninteressen nicht. Zu Widersprüchen kommt es lediglich in der Praxis.» («Uj szo», Bratislava, 12. 11. 1980)

Dass das ohne jede Ironie gemeint ist, ergibt sich aus den anschliessenden Sätzen: «Das Klasseninteresse gehört in eine andere Kategorie. Die gesellschaftliche Klasse ist nicht die mechanische Einheit ihrer Individuen. Die Interessen der Arbeiterklasse werden nicht dadurch erschöpft, dass ihre Vertreter Anspruch auf einen immer grösseren Teil der verteilten Güter erheben. (...) Die Arbeiterklasse würde ihre historische Rolle nicht verwirklichen, wenn sie nach dem Sieg der Revolution gegen die übrigen Mitglieder der Gesellschaft kämpfen würde. (...) Die Arbeiterklasse drückt das Interesse der gesamten Gesellschaft aus und verwirklicht sie.»

Der langen (und im Original noch längeren) Rede kurzer Sinn: Es ist nicht Sache der Arbeiter, die Interessen der Arbeiterklasse zu definieren.

*

Die «sozialistische Revolution» entmachtet angeblich die oberen Zehntausend, aber dann zählt man Millionen von Flüchtlingen, obwohl nur ein Bruchteil der Bevölkerung in der Lage ist, überhaupt fliehen zu können.

Gewaltige Flüchtlingszahlen gibt es nicht nur aus Vietnam (plus Ablagen) und Afghanistan. In Somalia allein befinden sich weit über eine Million Flüchtlinge aus Aethiopien.

Humanitäre Hilfe ist hier bloss Symptombehandlung. Es gilt, die herrschende Ordnung zu stürzen, welche die Bevölkerung ermordet oder vertreibt. Warum wird diese Logik nur im Falle von nicht-kommunistischen Diktaturen anerkannt? Weil die «sozialistischen» Staaten keine Millionen von Flüchtlingen aus den reaktionären Diktaturen aufzunehmen brauchen? Sie konzentrieren ihre Energie darauf, das Feindregime durch eine Diktatur ihres Typs unter ihrer Kontrolle zu ersetzen.

*

In China hat man die Grundschulbildung wieder auf 6 Jahre ausgeweitet, nachdem sie während der Kulturrevolution auf 5 Jahre gesenkt worden war. Das Bildungsniveau ging laut «Beijing Rundschau» in jenen Jahren stark zurück. So sprach ein Beijinger (Pekinger) Kind, als sein Vater eine Dienstreise nach Shanghai unternahm, von einer Auslandsreise.

*

Ein langer Beitrag von «Uj szo» (Bratislava) über die Arbeiterpolitik enthält folgenden Passus: «In den Ländern, in denen die Führung bei der Bourgeoisie liegt, können die Werktätigen die Politik lediglich bei den Wahlen beeinflussen. Bei diesen Wahlen entscheiden sie aber — wie dies schon Lenin festgestellt hat — bloss darüber, welche der zahlreichen Vertreter der Bourgeoisie die Macht für die nächste Periode ausüben sollen.» Da werden sich aber zum Beispiel in Frankreich die KPF und ihr Präsidentschaftskandidat Marchais freuen, diese bourgeoisen Vertreter. ■

Faschisten gegen Ost-Institut

In der Nacht auf den 20. Februar haben die bekannten Unbekannten das Domizil des Ost-Instituts verschmiert.

Das hatten Unbekannte schon vor zehn Jahren getan. Damals schrieben sie: «Westmoreland go home.» — Wir schrieben daneben: «Und vergiss uns nicht in der Not — 1914/18, 1939/45.»

Jetzt haben sie uns als «US-Schwein» bezeichnet und damit eine Grenze überschritten. Man hört das Signal und kennt das Bild.

Wir haben wiederum geantwortet. Nämlich:

So schreiben Rotfaschisten — bei Hitler hiess es «Judenschwein»